

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die



Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebzig Gemeinverbands-Girokonto: Bad Schandau 36 — Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau — Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drabantschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis halbjährlich ins Haus gebracht 90 Gold-Mrk., für Selbstabholer 80 Gold-Mrk. Einz. Nummer 10 Gold-Mrk. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt den Bezahler nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Vorkauf der Zeitung.

Nr. 138

Bad Schandau, Montag, den 16. Juni 1924

68. Jahrg.

Für eilige Leser.

* Wie verlautet, werden demnächst die Vertreter der Länder mit der Reichsregierung über den Text der Note beraten, die in Sachen des Gutachtens an die Völkervereinigung abgehen soll. Der Text dieser Note soll bereits fertig sein.

* Der Reichswirtschaftsminister hat mit Wirkung vom 16. Juni ab die Preise für mitteldeutsche Braunkohle um durchschnittlich 10 % herabgesetzt.

* Im Laufe der Woche tritt das Organisationskomitee für die deutschen Industrieobligationen in Paris wieder zusammen. Das Organisationskomitee für die Eisenbahn hält am Dienstag in Berlin eine Sitzung ab.

* Der Genesungsprozess des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel hat eine Verzögerung erfahren, weil Dr. Seipel zu früh aufgestanden war. Er mußte wieder auf strenge Bettruhe verwiesen werden.

* Alle amerikanischen Konsulate in Europa sind angewiesen worden, bis Mitte Juli keine Einwanderungserlaubnis nach Amerika zu erteilen.

Der neue Präsident.

Bekanntlich kommt in der Politik immer alles „ganz anders“. Die meisten „Tippen“ bei der französischen Präsidentschaftswahl auf Painlevé, den Präsidenten der Deputiertenkammer und Vertrauensmann des linken Blocs. Für ihn sprach die Tradition, die schon oft den Präsidenten dieser Kammer auf den Stuhl des Staatspräsidenten erhob. Mehr als doppelt so viel Stimmen wie Doumergue erhielt er bei der Abstimmung der versammelten Linksgruppen der Deputiertenkammer und des Senats. Aber bei der entscheidenden Sitzung, als nun die beiden Kammern im Saal von Versailles zusammentraten, da erhielt Painlevé nur noch 7 Stimmen mehr zu seinen 302 vorher erlangten, Doumergue aber schnellte von seinen damaligen 146 Stimmen auf 515 und erhielt damit 84 Stimmen über die absolute Mehrheit, war also gewählt. Es war die Rechte des Senats und der Deputiertenkammer, die Doumergue den Einzug in das Elysée ermöglicht hat. Dort hin, wo der Präsident der französischen Republik sein Heim hat.

Das ist ein Geschehnis von nicht unwesentlicher Bedeutung, weil der Präsident — wie er in seiner Rede überaus deutlich zum Ausdruck brachte — seine Stellung von der Zustimmung des Volkes, also der Volkssouveränität abhängig macht. Ein überaus gefährlicher Zustand. Denn nun muß Doumergue dafür sorgen, daß er sich die Mehrheit, die ihn wählte, auch für die Zukunft erhält; sonst muß er eines baldigen Tages sich auch wie Millerand die Möbelwagen zum Auszug aus dem Elysée bestellen. Das heißt also, daß, soweit er politischen Einfluß auszuüben in der Lage sein wird, er sich gegen eine allzu scharfe Linkspolitik einsetzen muß. In einer hell-dunkel-Manier hat er es verstanden, die Klippen der Wahl flug zu durchschiffen; aber die Sozialisten blühen und wüten. Bezeichnenderweise nannte man gleich nach dieser Wahl, Herriot werde den Auftrag zur Bildung eines Ministeriums nicht übernehmen, ein Gerücht, das sich freilich bald genug als falsch herausstellte. Der erste, den der neue Präsident zu sich rief, war Herriot, um ihm die Bildung eines Kabinetts zu übertragen. Und Herriot hofft, bis zum Dienstag mit seiner Arbeit fertig zu werden.

Fraglich bleibt dabei allerdings, ob er wieder auf alle Ministerkandidaten zurückgreifen wird, von denen man vor einiger Zeit sprach. Denn auch er kann, weil er den Sozialisten nun, nach diesem Wahlergebnis, nicht mehr trauen kann, jederzeit durch ein Zusammenstimmen der Rechten und der Sozialisten gestürzt werden. Und das Handelsobjekt mit der Rechten ist die Außenpolitik. Es ist ja die alte Geschichte: auch die Radikal-Sozialisten und jene anderen Gruppen, die zur Politik Boinecarés im Gegensatz, teilweise in schroffer Opposition standen, werden zweifellos manche Ansicht revidieren müssen aus rein parlamentarischen Gründen, wenn nämlich die Sozialisten, deren Hinzutreten der Linken erst die Mehrheit gibt, sich aus Verärgerung zurückhalten oder gar abweisend verhalten würden. Wahrscheinlich wird man ihnen aber zuerst doch noch mit allerhand politischem Zuckerbrot kommen.

Doumergue ist in der „Dépêche de Toulouse“ im vergangenen Jahre scharf gegen die Ruhrbesetzung eingetreten, aber einst, während des Krieges, verhandelte er mit Rußland, wobei Ostpreußen an den Zaren „abgetreten“ wurde, das Rheinland aber an Frankreich fallen sollte. Ebenso unklar ist der neueste Wechsel im Vorsitz der Reparationskommission: an die Stelle Barthous tritt Loucheur. Der hat zwar mit Rathenau das Wiesbaden-Abkommen abgeschlossen, aber er ist vor allem die maßgebendste Persönlichkeit im Comité des forges, dem Nutznießer der Ruhrverträge. Ist auch gerade das Gegenstück eines Gegners der Ruhrbesetzung.

Immer und immer wieder muß also vor einem bei uns so natürlichen Optimismus hinsichtlich der kommenden außenpolitischen Entwicklung gewarnt werden. Denn Herriot wird ebenso wie alle seine Vorgänger doch vor allem französische Politik treiben.

Herriots Kabinettsbildung.

Amlich wurde in Paris Sonnabend bekanntgegeben, daß Herriot die Bildung der Regierung übernommen habe und abends die Namen seiner Mitarbeiter bekanntgeben werde. Die neue Regierung wird sich am Dienstag dem Parlament vorstellen und sofort für die Interpellationen zur Verfügung stehen. Am nächsten Sonnabend wird Herriot nach Chequers reisen, um dort mit Ramsay MacDonald eine Besprechung zu haben.

Das Kabinett Herriot.

Paris, 15. Juni. Das Ministerium Herriot ist gebildet und wird sich am Dienstag dem Parlament vorstellen. Die Zusammensetzung ist folgende: Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen: Herriot, Justizminister: Renoult, Finanzminister: Clementel, Minister des Innern: Camille Chautemps, Kriegsminister: General Nollet, Marine: Dumesnil, Öffentliche Arbeiten: Beiral, Handel: Raynaldy, Minister der Pensionen: Bobier Lapierre, Ackerbau: Quenille, Öffentlicher Unterricht: François Albert, Hygiene und Arbeit: Gobart, Kolonien: Daladier, Handelsmarine: Léon Meyer, Unterstaatssekretär für Post und Telegraph: Pierre Robert, Luftschiffahrt: Cynaac, Technischer Unterricht: De Moro Giasjeri.

Nollet dementiert.

Paris, 15. Juni. Der „Temps“ veröffentlicht die folgende offizielle Note: „Mehrere Zeitungen haben gemeldet, daß General Nollet, der Präsident der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, kürzlich der französischen Regierung und der Völkervereinigung einen alarmierenden Bericht bezüglich der deutschen Rüstungen habe zugehen lassen. An autorisierter Stelle wird erklärt, daß diese Nachricht nicht richtig ist.“

Herriot über die Ernennung Nollers zum Kriegsminister.

Paris, 15. Juni. Die Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister erläuterte Ministerpräsident Herriot gestern Abend den Journalisten wie folgt:

General Nollet hat mich aufgeklärt über das, was sich in Deutschland ereignet und was ich zum Teil schon gewußt habe.

Er, der Deutschland gut kennt, hat den sehr klaren Eindruck, daß es sich unter den gleichen Bedingungen wie Preußen nach 1806 wieder organisiert. Ich bin entschlossen, gegenüber der deutschen Demokratie eine liberale Politik zu betreiben, aber es ist nötig, daß Deutschland im guten Glauben die Nationalisten verhindert, ihre Propaganda und ihre Organisation weiter zu betreiben. Es ist notwendig, daß das jetzige System sich ändert.

Wenn wir keine Befriedigung erlangen können, seien Sie überzeugt, daß wir viel schärfer gegenüber Deutschland sein werden als andere.

Wir werden es sein, weil es sich darum handelt, den Frieden zu sichern, die Achtung vor unseren Rechten und der Entwicklung der demokratischen Bewegung. Deutschland muß wissen, daß wir liberal sind, daß wir uns aber nicht täuschen lassen.

Die Teilnahme des Generals Nollet an der Regierung ist für die Nationalisten und alle Deutschen das sichtbare Zeichen, daß wir ihnen nicht gestatten werden, uns zu täuschen und den Frieden zu kompromittieren.

Dr. Marx für Verständigung.

Wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

Dem Berliner Vertreter der königlichen Volkszeitung sagte Reichstanzler Dr. Marx in einer Unterredung:

Wir haben die Hoffnung, daß wir bei der allgemeinen Regelung der Reparationsfrage auch mit der neuen französischen Regierung zu einem Abkommen gelangen werden. Unsere Hoffnung gründet sich darauf, daß jetzt eine Verständigungsbasis auf Grund des von den Verbündeten und von uns angenommenen Gutachtens besteht. Als Vorbedingung für eine Regelung bezeichnete der Kanzler die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Die Hoheitsrechte des Deutschen Reiches müßten auch für das deutsche Rheinland gewahrt werden. Bei der allgemeinen Regelung ist neben der Vorkündigung der Zollgrenze auch die Beseitigung der Erschwernisse der Ein- und Ausreise zu fordern. Die völlige Einheit und Verbundenheit des besetzten Gebietes mit dem unbesetzten Gebiet ist eine Tatsache, die auch die früheren französischen Machthaber nicht ändern konnten.

Zum Schluß meinte der Kanzler, daß, wenn Frankreich neue Männer die Lösung der Reparationsfrage ernsthaft wollten, auch eine Verständigung mit ihnen möglich sein werde.

Amerikanischer Kredit amtlich bestätigt.

Keine besonderen Bedingungen.

Die amtliche Bestätigung für die Gewährung eines amerikanischen Kreditkontokredits an die deutsche Golddiskontbank in Höhe von 25 Millionen Dollar liegt vor. Wie

man erfährt, ist die Gewährung dieses Kredits an keine anderen Bedingungen geknüpft, als bei den bisherigen englischen Krediten. Insbesondere sind keine Bestimmungen dahin ergangen, daß etwa der Kredit zu Ankäufen in Amerika verwendet werden muß. Abgesehen macht die Zuanfrage der Kredite der Golddiskontbank durch die deutsche Industrie Fortschritte. Es besteht begründete Hoffnung, daß im Falle weiterer größeren Bedarfs auch entsprechende Erhöhungen der Auslandskredite sowohl von England wie von Amerika erwartet werden können.

Weiter 5% Abgabe an England.

Verlängerung des Abkommens.

Das am 26. Februar zwischen der Deutschen und der Großbritanischen Regierung geschlossene Abkommen über die Herabsetzung der Reparationsabgabe von 26 % auf 5 % vom Wert der aus Deutschland nach England ausgeführten Waren ist bis zur Fertigstellung des Sachverständigengutachtens verlängert worden. Das Abkommen war ursprünglich mit Geltungsdauer bis zum 15. April vereinbart und alsdann bis zum 15. Juni verlängert worden. Die nochmalige Verlängerung ist erforderlich geworden, weil entgegen der gegungen Erwartung die Gesamtregelung der Reparationsfrage unter Einschluß der englischen Reparationsabgabe inwischen noch nicht erfolgt ist.

Gegen die Kriegsschuldfrage.

Protest des Reichslandbundes.

Gegen die Schuldfrage als die Grundlage des Versailleser Vertrages und auch des Sachverständigengutachtens wendet sich der Reichslandbund in einem Aufruf, in dem es heißt:

Jede Verhandlung über einen wirklichen Frieden muß deutscherseits mit einem Protest gegen die Schuldfrage und mit einem Widerruf des abgepreßten Schuldbekenntnisses beginnen. Der Reichslandbund richtet an die deutsche Reichsregierung die Mahnung, bevor sie in weitere Verhandlungen über das Gutachten der fremden Sachverständigen eintritt, die im Eingange dieses Gutachtens wiederholte Lüge von der deutschen Kriegsschuld in der gleichen grundsätzlichen und nachdrücklichen Form zurückzuweisen.

Auch der Bundestag des Deutschen Nationalen Jugendbundes erklärte, daß er in dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage eine ernste sittliche Pflicht der deutschen Jugendbewegung sehe und stimmte der Absicht der Bundeseinigung zu, diesen Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen.

Deutscher evangelischer Kirchentag.

Bielefeld, 14. Juni.

Der erste verfassungsmäßige deutsche Evangelische Kirchentag, die parlamentarische Gesamtvertretung der im Kirchenbund zusammengeschlossenen 28 deutschen Landeskirchen, wurde gestern unter fast vollzähliger Beteiligung seiner 210 Abgeordneten, sowie hervorragender Vertreter der Schweizer, deutschösterreichischen, schwedischen, finnischen, dänischen, englischen und anderer Auslandskirchen mit einem Festgottesdienst des rheinischen General-Superintendenten D. Klingemann-Koblenz in der Altkirchener Kirche eröffnet. In einer vorausgegangenen Sitzung des Kirchenbundesrats, des Organs der Kirchenregierungen, wurden unter Vorsitz des bayerischen Kirchenpräsidenten D. Weitz-München die auf der Tagesordnung des Kirchentages stehenden Bundesgesetze durchberaten und angenommen.

Der preussische Kultusminister Dr. Voelz hat amtlich des Zusammentritts des Kirchentages in einem Begrüßungsschreiben an den Präsidenten des Kirchenausschusses seine aufrichtigen Wünsche für einen gedeihlichen Verlauf der Verhandlungen ausgesprochen.

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages,

Bielefeld, 15. Juni. In der konstituierenden Eröffnungssitzung des ersten verfassungsmäßigen Deutschen Evangelischen Kirchentages wurde zum Präsidenten des Kirchentages auf sechs Jahre D. Freiherr von Pöckmann-München, Direktor der Bayerischen Handelsbank, einstimmig durch Zuvor gewählt. Präsident Pöckmann führte bereits auf dem verfassunggebenden Kirchentag in Stuttgart 1921 den Vorsitz.

Massensterben in Rußland.

W.P.A. In dem soeben erschienenen amtlichen russischen Buch „Die Volks- und Staatswirtschaft Rußland 1922/23“, herausgegeben vom Volkskommissariat für Finanzen, wird angegeben, daß in Rußland in den Jahren 1921/22 5,2 Mill. Menschen umgekommen sind.